



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

Universität Koblenz-Landau
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Politikwissenschaft
Arbeitseinheit „Politisches System der
Bundesrepublik Deutschland“
Leitung: Prof. Dr. Manuela Glaab

Caroline Schweyda / Daniel Reichard

unter Mitarbeit von Florian Becker / Theresia Ell / Katharina Franke / Florian Heib / Ayse Karakus / Igor Kobzar

„Kein Ausstieg ohne Umstieg“:

**Wegmarken der Energiepolitik bis zur Novelle des Atomgesetzes
2011**

Zitationshinweis:

Schweyda, Caroline / Reichard, Daniel (2016):
„Kein Ausstieg ohne Umstieg“: Wegmarken der
Energiepolitik bis zur Novelle des Atomgesetzes
2011. Online verfügbar unter: <https://www.uni-koblenz-landau.de/de/landau/fb6/sowi/pw/abteilung/politische-system-brd/caseteaching/case-energiewende>.

„Kein Ausstieg ohne Umstieg“¹: Wegmarken der Energiepolitik bis zur Novelle des Atomgesetzes 2011

Caroline Schweyda / Daniel Reichard

*unter Mitarbeit von Florian Becker / Theresia Ell / Katharina Franke / Florian Heib / Ayse Karakus / Igor Kobzar**

Als „recht nüchterne Rede“² ordneten die Kommentatoren die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ein, in der sie drei Monate nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima den Ausstieg aus der Atomenergie erläuterte. „Wir schaffen die Voraussetzungen für die Energieversorgung von morgen“³, warb Merkel am 9. Juni 2011 im Deutschen Bundestag für das Vorhaben der Bundesregierung aus Union und FDP. Es ginge nicht allein darum, durch eine Novellierung des Atomgesetzes aus der Kernenergie auszusteigen. Da der Ausstieg ohne den Umstieg „nicht zu haben“⁴ sei, ziele die schwarz-gelbe Koalitionsregierung auf „eine neue Architektur der Energieversorgung in Deutschland“⁵, deren zentrale Säule künftig die erneuerbaren Energien bilden sollten.⁶ Die im Lichte der dramatischen Ereignisse von Fukushima durch Kanzlerin Merkel vollzogene Energiewende war allerdings nicht die erste Wegmarke hin zu einer ökologischen Modernisierung der deutschen Energiepolitik.

Spätestens durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl im Jahr 1986 hatten energiepolitische Reformvorstöße Eingang in die entscheidungspolitische Arena erhalten. Mit dem Stromeinspeisegesetz⁷ der von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) geführten Bundesregierung aus Union und FDP wurde bereits im Dezember 1990 der Umbau der Energieversorgung eingeleitet. Das Stromeinspeisegesetz regelte die „vergütete Abnahme von Strom, der ausschließlich aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Deponiegas, Klärgas oder aus Produkten oder biologischen Rest- und Abfallstoffen der Land- und Forstwirtschaft gewonnen wird, durch öffentliche Elektrizitätsversorgungsunternehmen“⁸. Das aus der Bundestagswahl vom 27. September 1998 hervorgegangene „rot-grüne-Projekt“⁹ aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) entwickelte das Stromeinspeisegesetz weiter, indem es im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verabschiedete. Mit dem EEG sollte die Energieversorgung dahingehend umgebaut werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung

* Die vorliegende Falldarstellung ist im Rahmen des von Prof. Dr. Manuela Glaab verantworteten und Daniel Reichard M.A. koordinierten Lehrprojekts „Fallbasierte kompetenzorientierte Lehre: Von der Falldarstellung zum Case Teaching“ im Wintersemester 2015/16 unter Mitarbeit von Studierenden am Campus Landau entstanden. Der Case ist das Ergebnis der studiengangübergreifenden Blockveranstaltung „Schreibwerkstatt: Problemorientiert denken – erfolgreich schreiben“.

bis zum Jahr 2050 auf mindestens 80 Prozent gesteigert würde.¹⁰ Die mit dem EEG erfolgte energiepolitische Weichenstellung des rot-grünen Regierungsbündnisses zielte überdies darauf ab, „eine Balance der energiepolitischen Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit herzustellen“.¹¹

Über die Zukunft der Atomenergie verhandelte Schröder mit den deutschen Stromkonzernen im Juni 2000. Die Regierung drängte auf eine Vereinbarung über die Restlaufzeiten für alle Atomkraftwerke. In einer langen Nachtsitzung einigten sich Kanzler und Energieversorgungsunternehmen auf den sogenannten „Atomkonsens“¹², mit dem der Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet wurde. Die Konsensvereinbarung bedeutete „eine rechnerische Gesamtlaufzeit von 32 Jahren für die deutschen Atomkraftwerke“¹³. Unterzeichnet wurde die Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft im Juni 2001, ein Jahr später trat die mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsmehrheit vom Bundestag beschlossene Novellierung des Atomgesetzes¹⁴ in Kraft. Bereits im Jahr 2003 wurde mit dem Kernkraftwerk Stade das erste AKW in Deutschland stillgelegt, 2005 folgte mit dem Kernkraftwerk Obrigheim der älteste deutsche Atommeiler. Ohne ein näher fixiertes Enddatum¹⁵ sollten bis 2021 schließlich alle Atomkraftwerke vom Netz gehen und die Energieversorgung über Erneuerbare Energien umgesetzt sein.¹⁶ Mit dem verhandelten Atomausstieg und dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz hatte die Schröder-Administration somit bedeutende Weichenstellungen in der Energiepolitik vorangetrieben, die nach dem Regierungswechsel infolge der vorgezogenen Bundestagswahl vom 18. September 2005 von der Große Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fortgeführt wurden¹⁷.

Die zweite Große Koalition 2005: Angela Merkel als „Klimakanzlerin“¹⁸

Der zwischen Union und SPD für 16. Wahlperiode ausgehandelte Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 hielt für das energiepolitische Regierungsprogramm der „schwarz-roten Vernunfttehe“¹⁹ fest, dass zwischen den Koalitionären hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung „unterschiedliche Auffassung[en]“²⁰ bestünden. Dennoch wolle man den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verfolgen und das EEG „in seiner Grundstruktur fortführen“²¹. Überdies sei es das Ziel, innerhalb der EU und in internationalen Gremien aktiv auf die Formulierung energiepolitischen Rahmenbedingungen einzuwirken²².

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Zielvorgabe kristallisierte sich rasch ein medienwirksames Imagebuilding heraus, welches Merkel als Vorreiterin des Klimaschutzes inszenierte²³. In der medialen

Berichterstattung eilte ihr bald schon der Ruf der ‚Klimakanzlerin‘ voraus. Diese Zuschreibung fand ihren bildträchtigen Ausdruck durch Fotos, auf denen Merkel im Jahr 2007 in roter Jacke vor einer grönländischen Gletscherlandschaft zu sehen war. Damals hatte die CDU-Vorsitzende nicht nur die Europäische Ratspräsidentschaft inne, sondern stand auch an der Spitze der acht führenden Wirtschaftsnationen (G8). Merkel betonte, es müsse an Deutschland liegen, die Rolle als ökologischer Trendsetter wahrzunehmen. Aufgrund der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung wäre Deutschland geradezu verpflichtet, eine Vorreiterrolle in Bezug auf Klimaschutz und Co2-Reduktion einzunehmen.²⁴ Diese Maßgabe schlug sich in konkreten Zielformulierungen nieder. So konnte in Zusammenarbeit mit dem damaligen Umweltminister Siegmund Gabriel (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) sowie unter Abstimmung mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) festgeschrieben werden, die Treibhausgase bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40% zu reduzieren.²⁵

Merkels Umweltpolitik stieß dennoch auf Kritik, die vor allem von Seiten der Umweltverbände geäußert wurde. Stefan Krug, damals Leiter der politischen Vertretung von Greenpeace in Berlin, sprach beispielsweise davon, dass Merkel ihren Worten keine Taten folgen lassen würde.²⁶ Insbesondere in Bezug auf die angestrebten Co2-Reduzierungen warfen Kritiker der Kanzlerin Diskrepanzen zwischen Rhetorik und Handeln vor. Merkels Bemühungen, Deutschland zum internationalen Vorreiter in den Bereichen erneuerbarer Energien und der Treibhausgasreduktion zu erklären, würden nur bedingt mit den inhaltlichen Positionen ihrer Partei im Einklang stehen. CDU-Forderungen zum Bau neuer Kohlekraftwerke wurden dabei ebenso angeführt wie die Tatsache, dass ältere Kernkraftwerke weiterhin am Netz bleiben würden bzw. sollten.²⁷

Der Vorwurf, die Umweltpolitik Merkels würde fernab von medienwirksamen Inszenierungen eine stringente Linie vermissen lassen, sollte in der darauffolgenden Legislaturperiode nicht verhallen.

Die Regierung Merkel II: Von der Klima- zur Atomkanzlerin

Am Abend der Bundestagswahl vom 27. September 2009 war klar: Das Votum der Wähler beendete die Große Koalition aus Union und Sozialdemokraten. Die SPD erzielte mit 23 Prozent der Zweitstimmen ihr bis dato schwächstes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Demgegenüber feierte die FDP das beste Zweitstimmenergebnis ihrer Geschichte (14,6 Prozent). Der historische Wahlerfolg der Liberalen ermöglichte denn auch die im Wahlkampf von Union und FDP favorisierte schwarz-gelbe Wunschkoalition.²⁸

Nach langen Koalitionsgesprächen einigten sich CDU/CSU und FDP Ende Oktober 2009 auf einen 132 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag. In den Verhandlungen waren Energie- und Umweltpolitik zum Zankapfel zwischen Union und FDP avanciert. Einigkeit bestand darin, dass Maßnahmen zu ergreifen seien, um dem Status als internationaler Vorreiter in der Energiepolitik weiterhin gerecht werden zu können. Entsprechend wurde das „Prinzip der Nachhaltigkeit“²⁹ im Koalitionsvertrag verankert. Festgeschrieben wurde in Kapitel 4 „Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz“ aber auch, dass die Kernenergie eine „Brückentechnologie“³⁰ sei, die solange aufrechterhalten werde, „bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt“³¹ werden könne. Damit wurde mit dem unter Rot-Grün begonnenen Atomausstieg partiell gebrochen, indem eine „Laufzeitverlängerung“³² der Atomkraftwerke auf die Agenda der Koalition aus Union und FDP gehoben wurde. Vielfach als „dramatische Kehrtwende in der Atompolitik“³³ beschrieben, stand mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP letztlich der „Ausstieg aus dem Ausstieg“³⁴ in Sachen Kernenergie bevor.

Nach einer zwölfstündigen Verhandlungsrunde in Berlin und monatelangen Diskussionen zwischen der Union und der FDP zur Atomfrage kündigten Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) und Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) am 5. September 2010 einen Durchbruch an: Das neue *Energiekonzept 2010*, das „eine umfassende Gesamtstrategie für den Umbau zu einer klimaneutralen Energieversorgung über die nächsten 40 Jahre“³⁵ verfolgte. Das Energiekonzept sei eine „Revolution im Bereich der Energieversorgung“³⁶, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ihrem Statement zum Koalitionsbeschluss hinzufügte, dass Deutschland eine der umweltschonendsten und effizientesten Energieversorgungssysteme weltweit habe.³⁷

Das Vorhaben der Koalition, das Energiekonzept auch ohne Beteiligung der Länder, die die Aufsicht über die Atomkraftwerke innehaben, zu verabschieden, wurde von der Opposition kritisiert. Mehrere, vornehmlich SPD-geführte Bundesländer stellten in Aussicht, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht anzuregen, sollte die Bundesregierung an ihrer Auslegung festhalten, dass das Gesetz im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sei.³⁸ Letztlich scheiterten die Länder mit ihrem Antrag, da die Karlsruher Richter keinen Zustimmungsbedarf feststellten.³⁹

Das neue Energiekonzept sah vor, im Rahmen eines Energiemixes bis zum Jahr 2050 vollkommen auf Erneuerbare Energien in Deutschland umzustellen. Im Einzelnen sollten in den folgenden 20 Jahren die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent, in 40 Jahren um 80 Prozent reduziert werden. Weiterhin sollte der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendverbrauch auf 18 Prozent und der Anteil des daraus erzeugten Stroms um 35 Prozent (gegenüber 1990) angehoben werden.⁴⁰

In die Kritik geriet das Energiekonzept vor allem in den Bestimmung zur Kernenergie und den fossilen Kraftwerken (vor allem Braun- und Steinkohle); zwei Energiequellen, die zum damaligen Zeitpunkt den

Großteil der Stromversorgung in Deutschland ausmachten. Das vorgelegte Energiekonzept sah vor, die Laufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke zu verlängern, um die energiepolitischen Ziele Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in Einklang bringen zu können. Ältere Atomkraftwerke, die vor 1980 gebaut wurden, sollten weitere acht Jahre betrieben werden. Nach 1980 gebaute Atommeiler sollten weitere 14 Jahre am Netz bleiben.⁴¹ Mit dem schwarz-gelben Energiekonzept sollte die Kernenergie somit „als Brückentechnologie den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien erleichtern“⁴².

Erwartungsgemäß stieß die vorgenommene Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke auf öffentlichen Widerstand. „Das Energiekonzept der Bundesregierung ist eine Rolle rückwärts zur Energietechnologie von gestern“⁴³, äußerte etwa der Präsident des Bundesverbands Windenergie, Hermann Albers. Es brems den Ausbau der Windenergie in Deutschland und gefährde die kommunale Wertschöpfung gerade in strukturschwachen Regionen⁴⁴, so Albers. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Hans-Joachim Reck, sorgte sich um wirtschaftliche Nachteile für kleine Versorger gegenüber den großen Energiekonzernen, die durch die verlängerten Atomlaufzeiten gestärkt würden. Angesichts der bereits getätigten und der geplanten Investitionen kommunaler Unternehmen sei dies „sehr bedauerlich“⁴⁵.

Die SPD zeigte sich davon überzeugt, dass die Regierungskoalition unter Druck der Stromkonzerne gehandelt habe.⁴⁶ Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Jürgen Trittin, der seinerzeit als Umweltminister im Kabinett Schröder am Atomausstieg mitgearbeitet hatte, betonte: „Der Atombeschluss der Koalition ist kein Kompromiss, sondern ein Milliarden-Geschenk für RWE, E.ON., EnBW und Vattenfall“⁴⁷.

Auch die Umweltverbände kritisierten das schwarz-gelbe Energiekonzept. Es handele sich um eine ideologisch festgelegte und fachlich nicht gerechtfertigte Verlängerung der Atomlaufzeiten, die mit ein paar wohlklingenden und unverbindlichen Absichtserklärungen garniert wurden“⁴⁸, beklagte der NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. Der World Wide Fund For Nature (WWF) sprach von einem „Wegweiser in die klimapolitische Sackgasse“⁴⁹. Greenpeace war überzeugt, dass das Energiekonzept nicht dem Willen der Bevölkerung entspreche.⁵⁰ Die geäußerten Bedenken gegenüber der Atomenergie sollten ein halbes Jahr später dramatische Brisanz erfahren.

Am 11. März 2011 blickte die Welt auf Fukushima, das „Herz“⁵¹ der japanischen Atomindustrie. Unter dem Meeresboden vor der Ostküste der japanischen Halbinsel Honshū bebte gegen 14:46 Uhr Ortszeit die Erde. Der hierdurch ausgelöste Tsunami überschwemmte die an der Küste gebauten Reaktorblöcke des AKW Fukushima. Die Notstromaggregate des Atommeilers setzten aus, wodurch die Brennstäbe der Reaktoren nicht mehr ausreichend gekühlt werden konnten. Die daraus folgende Kernschmelze,

deren Live-Bilder tagelang die mediale Berichterstattung dominierten, führte in der zweiten Hälfte der Amtszeit der schwarz-gelben Bundesregierung zu einem entscheidenden Umbruch in der Energiepolitik Deutschlands.

Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima: Die Wende in der Energiepolitik

Die Nuklearkatastrophe in Japan versetzte die deutsche Bevölkerung in eine Art Schockzustand. Viele Bürger demonstrierten gegen die Atomkraft. Umfragen zufolge forderte die große Mehrheit der Befragten (71 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung)⁵² noch im März 2011 einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Während in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen anstanden, erhielt die Debatte um die Atompolitik der Bundesregierung neuen Impetus. Die Frage der Atomlaufzeiten wurde zum zentralen Faktor im Endspurt der Landtagswahlkämpfe der Parteien, wobei insbesondere Bündnis90/Die Grünen als ‚Anti-Atom-Partei‘ in der Gunst der Wähler an Zustimmung gewinnen konnte.⁵³

Im Lichte der Katastrophe von Fukushima sah sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition zum Handeln gezwungen: „Wir müssen schneller in das Zeitalter erneuerbarer Energien kommen“⁵⁴, schlussfolgerte Bundeskanzlerin Merkel bereits wenige Tage nach dem Reaktorunglück in Japan. Im Ergebnis bedeutete Merkels Aussage eine gegenüber dem zuvor beschlossenen Energiekonzept rasch vollzogene politische Kehrtwende. Vorläufig wurden zunächst die sieben ältesten deutschen Atomreaktoren abgeschaltet. In einem dreimonatigen Atom-Moratorium sollten alle 17 Atomkraftwerke auf ihrer Sicherheit hin überprüft werden.⁵⁵

Bereits zwei Tage nach der verheerenden Reaktor-Havarie an der japanischen Ostküste sprach sich Kanzlerin Merkel zusammen mit Außenminister und Vizekanzler Guido Westerwelle (FDP) am 14. März 2011 für ein dreimonatiges Moratorium der Laufzeitverlängerung aus⁵⁶. Am 17. März 2011 gab Merkel eine erste Regierungserklärung zu den Ereignissen in Japan ab und kündigte an, den Ausbau der erneuerbaren Energien nun noch schneller vorantreiben zu wollen.⁵⁷

Zur Entscheidung über Sicherheit und Zukunft der deutschen Atompolitik führte die Reaktorsicherheitskommission im Auftrag der Bundesregierung Stresstests an den deutschen Atomkraftwerken durch, um die sicherheitstechnische Lage der Kernkraftwerke in Deutschland einschätzen zu können. Die am 17. Mai 2011 publizierten Ergebnisse der Stresstests ließen folgendes Fazit zu: „Die deutschen Atomkraftwerke seien definitiv sicherer als die Japans, außerdem sei die Abschaltung aus sicherheitstechnischen Gründen nicht sofort notwendig“⁵⁸, so der damalige

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Die Kommission gab jedoch weder eine Empfehlung für das Abschalten einzelner AKWs, noch äußerte sie sich explizit zu den sieben schon abgeschalteten Kraftwerken. Die Opposition kritisierte den festgesetzten Untersuchungszeitraum von sechs Wochen: „Sie brauchen, um ein Kraftwerk wirklich zu überprüfen, ein bis eineinhalb Jahre“⁵⁹, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Die Kraftwerksbetreiber hingegen waren sich sicher: An den Sicherheitsniveaus deutscher Kraftwerke habe auch die Katastrophe in Fukushima nichts geändert. Die Atomkraftwerke in Deutschland gehörten vielmehr zu den sichersten AKWs der Welt.⁶⁰

Unterdessen beriet die außerdem von der Bundesregierung am 22. März 2011 ad hoc eingesetzte Ethikkommission „die künftige Ausrichtung der Energiepolitik“⁶¹. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kirchen sollten den Umgang mit der Kernkraft unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten beraten und konsensfähige Vorschläge für die Energiewende unterbreiten. Der Abschlussbericht des Gremiums vom 30. Mai enthielt eine klare Empfehlung⁶²: den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens 2021. Die sieben ältesten AKWs, die bereits während des Moratoriums unter Abstimmung mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer abgeschaltet worden waren⁶³, sollten endgültig vom Netz genommen werden; die übrigen zehn in der Reihenfolge ihres verbleibenden Risikos und ihrer Bedeutung für das Stromnetz. Weiterhin schlug die Ethikkommission vor, dass unabhängig von der Bundesregierung ein Parlamentarischer Beauftragter eingesetzt wird, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, den Fortschritt der Energiewende zu prüfen. Matthias Kleiner, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der die Ethikkommission gemeinsam mit dem ehemaligen CDU-Bundesumweltminister Klaus Töpfer geleitet hatte, bilanzierte die Empfehlungen des Gremiums: „Es ist eine gemeinsame große Kraftanstrengung, die vor uns liegt“⁶⁴.

Noch vor Bekanntwerden der Ergebnisse der eingesetzten Expertenkommissionen traf sich Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. Mai 2011 mit den Partei- und Fraktionschefs, um auch die Opposition von den Zielen der schwarz-gelben Regierungskoalition zu überzeugen; mit Erfolg: Die Opposition im Bundestag erklärte, dass sie das neue Energiekonzept mittragen zu wollen.⁶⁵ Um verbliebene Fragen der Finanzierung und Finalität der Energiewende klären zu können, würden sich Bundestag und Bundesrat bis zum 8. Juli „mit Entwürfen für die Gesetzesänderung befassen“⁶⁶.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, die im Jahr zuvor noch die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durchgesetzt hatten, stellten am 6. April 2011 einen Sechs-Punkte-Plan zur Beschleunigung der Energiewende vor. Geplant war, „den Übergang zu den Erneuerbaren Energien mit mehreren Milliarden zu fördern“⁶⁷. Die Ausweitung der Windparks in Deutschland sollte die stärkste finanzielle Förderung erfahren. Ferner sah das sogenannte Eckpunktepapier den Ausbau der Stromnetze und eine Aufstockung des Energie- und Klimafonds vor. Grundsätzlich solle verstärkt in Energieforschungsprogramme investiert werden, so das gemeinsame

Papier der beiden Bundesminister.⁶⁸ Die Opposition hingegen kritisierte das Vorhaben als „völlig unkonkret“⁶⁹. Es sei offen, woher die Mittel für die darin vorgesehenen Investitionen kommen sollten, erklärte beispielsweise die SPD.⁷⁰ Die im Papier genannten Maßnahmen seien sowohl hinsichtlich ihrer Folgen für die Belastung der Haushalte als auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Gewerbe zu prüfen.⁷¹

Vor dem Kabinetttreffen am 6. Juni 2011 traf sich die Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder, die einen Plan mit festen Atomausstiegszeiten forderten. Zuvor hatten die Spitzen der Regierung die Energiewende im Koalitionsausschuss beraten⁷². Am 9. Juni folgte bereits die erste Lesung der Novelle des Atomgesetzes im Deutschen Bundestag. Grundsätzlich unterstützte man die Energiewende der Bundesregierung, signalisierten die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen.⁷³ Dennoch verwunderte die plötzliche Positionsänderung der Bundesregierung beim Thema Kernenergie. Der Linksfraktion plädierte dafür, die Bürger frühzeitig über die bevorstehenden Kurskorrekturen in der Energiepolitik ehrlich zu informieren: „Wir müssen doch der Bevölkerung sagen: Es ist nicht leicht, sondern höchst kompliziert korrigierbar“, so der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi⁷⁴.

In der zweiten und dritten Beratung des Gesetzespaketes beschloss der Bundestag mit mehrheitlicher Zustimmung von Union, FDP, SPD und Grüne am 30. Juni 2011 schließlich den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022. Nur Die Linke stimmte dagegen. Das vom Bundestag beschlossene Gesetzespaket (Atomgesetz, Trassenausbaugesetz und EEG) wurde am 8. Juli auch vom Bundesrat gebilligt (BR-Drs. 395/11). Damit stand fest: Bis zum Jahr 2022 sollten die erneuerbaren Energien den Hauptanteil der Energieversorgung ausmachen und alle Atomkraftwerke abgeschaltet sein.⁷⁵ Im Zuge der Energiewende sollte der Klimaschutz ausgebaut, Deutschland als starker Wirtschaftsstandort gesichert und die finanzielle Belastung für Unternehmen und Haushalte möglichst minimiert werden.⁷⁶

Reaktionen auf den Atomausstieg

Der beschlossene Atomausstieg traf in der Bevölkerung mehrheitlich auf Zustimmung. Im ARD-Deutschlandtrend vom Juni 2011 begrüßten 54 Prozent der Befragten die schnelle Entscheidung der Bundesregierung zur schrittweisen Abschaltung aller Atomkraftwerke⁷⁷. Darüber hinaus gaben zwei Drittel der Bürger an, für „atomenergiefreien Strom“⁷⁸ höhere Preise zahlen zu wollen.

Die Opposition im Bundestag sah sich in ihren Beschlüssen aus der Vergangenheit bestätigt: „Heute sind unsere politischen Gegner dazu gezwungen, unsere Politik und den Ausstieg aus der Atomenergie,

den wir vor zehn Jahren endgültig eingeleitet hatten und den Frau Merkel rückgängig gemacht hat, zu akzeptieren“⁷⁹, kommentierte SPD-Chef Gabriel die energiepolitischen Beschlüsse der schwarz-gelben Koalition. Kritisch merkten SPD und Grüne aber an, dass die Regierung sich durch die sogenannten Kaltreserven Hintertüren für eine Rückkehr zur Atomenergie offen halte.⁸⁰

Wenig überraschend fiel die Reaktion der Energieindustrie negativer aus. Der Energieversorger E.ON stellte gar eine Klage gegen den beschlossenen Atomausstieg beim Bundesverfassungsgericht in Aussicht.⁸¹ Man erwarte vom Staat einen gebotenen Ausgleich für die wirtschaftlichen Schäden, die mit dem beschleunigten Atomausstieg auf den Konzern zukommen würden⁸². Auch der Energiekonzern RWE hielt sich die Möglichkeit einer Klage offen.⁸³

Endnoten

- ¹ Deutscher Bundestag (2011): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 114. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 9. Juni 2011. Plenarprotokoll 17/114. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17114.pdf>, S. 12961. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ² Süddeutsche Zeitung Online (2011): Die Atomkanzlerin erklärt ihren Ausstieg. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/regierungserklaerung-zur-energiewende-merkel-erklaert-den-atomausstieg-zur-herkulesaufgabe-1.1106773>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ³ Deutscher Bundestag (2011): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 114. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 9. Juni 2011. Plenarprotokoll 17/114. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17114.pdf>, S. 12961. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁴ Ebd.
- ⁵ Deutscher Bundestag (2011): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 114. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 9. Juni 2011. Plenarprotokoll 17/114. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17114.pdf>, S. 12960. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁶ Deutscher Bundestag (2011): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 114. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 9. Juni 2011. Plenarprotokoll 17/114. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17114.pdf>, S. 12961. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁷ Berchem, Andreas (2006): Das unterschätzte Gesetz. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/online/2006/39/EEG/komplettansicht>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016): Das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Abzurufen unter https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Dossier/eeg.html?cms_docId=72462. Zugegriffen: 15.06.2016.
- ⁹ Malzan, Claus (2015): Warum das rot-grüne-Projekt jetzt Geschichte ist. Abzurufen unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article145514015/Warum-das-rot-gruene-Projekt-jetzt-Geschichte-ist.html>. Zugegriffen: 13.05.2016.
- ¹⁰ Ebd.

- ¹¹ Mez, Lutz (2003): Ökologische Modernisierung und Vorreiterrolle in der Energie- und Umweltpolitik? Eine vorläufige Bilanz. In: Egle, Christoph; Ostheim, Tobias; Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 329-350.
- ¹² Der Tagesspiegel Online (2000): Atomkonsens: Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Abzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/atomkonsens-deutschland-steigt-aus-der-kernenergie-aus/147744.html>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ¹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung Online (2002): Atomkonsens und seine Restlaufzeit. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/dokumentation-atomkonsens-und-seine-restlaufzeit-147737.html>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ¹⁴ Deutscher Bundestag (2001): Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 209. Sitzung. Berlin, Freitag, den 14. Dezember 2001. Plenarprotokoll 17/114. Abzurufen unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/14/14209.pdf>, S. 20730. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ¹⁵ Der Tagesspiegel Online (2000): Atomkonsens: Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Abzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/atomkonsens-deutschland-steigt-aus-der-kernenergie-aus/147744.html>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ¹⁶ Süddeutsche Zeitung Online (2008): Zeitenwende in Bonn. Abzurufen unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/rot-gruene-bundesregierung-zeitenwende-in-bonn-1.535719-10>. Zugegriffen: 14.05.2016.
- ¹⁷ Jänicke, Martin (2010): Die Umweltpolitik der Großen Koalition. In: Egle, Christoph; Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009. Wiesbaden: VS Verlag, S. 487-502.
- ¹⁸ Dehmer, Dagmar (2007): Die Klimakanzlerin. Abzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-klimakanzlerin/1051226.html>.
- ¹⁹ Tagesschau.de-Archiv (2005): Schwarz-rote Vernunftfehe ausgehandelt. Abzurufen unter <https://tsarchive.wordpress.com/2005/11/12/meldung151382/>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ²⁰ Christlich Demokratische Union Deutschlands; Christlich-Soziale Union in Bayern; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2005): Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Abzurufen unter <http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Koalitionsvertraege/Koalitionsvertrag2005.pdf>, S. 42. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ²¹ Ebd.
- ²² Ebd.
- ²³ Glaab, Manuela (2010): Political Leadership in der Großen Koalition. Führungsressourcen und -stile von Bundeskanzlerin Merkel. In: Egle, Christoph; Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009. Wiesbaden: VS Verlag, S. 149.
- ²⁴ Spiegel Online (2006): Merkel sieht Deutschland als Vorreiter beim Klimaschutz. Abzurufen unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltpolitik-merkel-sieht-deutschland-als-vorreiter-beim-klimaschutz-a-419813.html>. Zugegriffen: 10.05.2016.
- ²⁵ Jänicke, Martin (2009): Geschichte der deutschen Umweltpolitik. Abzurufen unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/dossier-umwelt/61136/geschichte?p=all>. Zugegriffen: 08.05.2016.
- ²⁶ Schütz, Hans Peter (2008): Was Merkel tut ist sehr enttäuschend. Abzurufen unter <http://www.stern.de/politik/deutschland/cdu-umweltpolitik--was-merkel-tut--ist-sehr-enttaeuschend--3852708.html>. Zugegriffen: 12.05.2016.
- ²⁷ Ebd.
- ²⁸ Bundeswahlleiter (2009): Bundesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009. Abzurufen unter https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html. Zugegriffen: 23.09.2016.
- ²⁹ Christlich Demokratische Union; Christlich-Soziale Union; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Abzurufen unter http://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/091026_koalitionsvertrag_02.pdf, S. 25. Zugegriffen: 23.09.2016.

- ³⁰ Christlich Demokratische Union; Christlich-Soziale Union; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2009): Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. Abzurufen unter http://www.csu.de/common/_migrated/csucontent/091026_koalitionsvertrag_02.pdf, S. 29. Zugegriffen: 23.09.2016.
- ³¹ Ebd.
- ³² Ebd.
- ³³ Brost, Marc; Dausend, Peter; Hildebrandt, Tina (2011): Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem.... Abzurufen unter <http://www.zeit.de/2011/13/Regierungsvertrauen>. Zugegriffen: 15.06.2016.
- ³⁴ Ebd.
- ³⁵ Huß, Christian (2015): Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013. In: Zohlnhöfer, Reimut; Saalfeld, Thomas (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 525.
- ³⁶ Dehmer, Dagmar (2007): Die Klimakanzlerin. Abzurufen unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-klimakanzlerin/1051226.html>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ³⁷ Ebd.
- ³⁸ Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Koalition beschließt neues Energiekonzept. Abzurufen unter <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/69003/koalition-beschliesst-energiekonzept-07-09-2010>. Zugegriffen: 23.09.2016.
- ³⁹ Ebd.
- ⁴⁰ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014): Gesetzeskarte für das Energieversorgungssystem. Abzurufen unter <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiewende/gesetzeskarte,did=576140.html>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁴¹ Ebd.
- ⁴² Huß, Christian (2015): Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013. In: Zohlnhöfer, Reimut; Saalfeld, Thomas (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 527.
- ⁴³ Die Zeit Online (2010): Atom-Krücke statt Brücke? Kritik am Energiekonzept. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/news-092010/2010/9/28/iptc-bdt-20100928-501-26586758xml>. Zugegriffen: 22.09.2016
- ⁴⁴ Ebd.
- ⁴⁵ Die Zeit Online (2010): Atom-Krücke statt Brücke? Kritik am Energiekonzept. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/news-092010/2010/9/28/iptc-bdt-20100928-501-26586758xml>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁴⁶ Augsburgener Allgemeine Online (2010): «Atomdeal»: Opposition schäumt. Abzurufen unter <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Atomdeal-Opposition-schaeumt-id8430436.html>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁴⁷ Ebd.
- ⁴⁸ Verivox (2010): Energiekonzept löst gemischte Reaktionen aus- ein Überblick. Abzurufen unter <http://www.verivox.de/nachrichten/energiekonzept-loest-gemischte-reaktionen-aus-ein-ueberblick-59294.aspx>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁴⁹ Ebd.
- ⁵⁰ Ebd.
- ⁵¹ Die Zeit Online (2011): Analyse: Was geschah in Fukushima? Abzurufen unter <http://www.zeit.de/news-032011/13/iptc-bdt-20110313-550-29232236xml>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁵² Infratest dimap (2011): ARD DeutschlandTREND. März 2011 extra „Atom-Katastrophe in Japan“. Abzurufen unter <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2011/maerz-extra>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁵³ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Atomlaufzeiten werden gestaffelt. Abzurufen unter https://www.lpb-bw.de/atom_laufzeiten.html. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁵⁴ Ebd.

- ⁵⁵ Bundesregierung (2011): Energie für Deutschland. Energiekonzept der Bundesregierung. Abzurufen unter http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2011/06/2011-06-28-flyer-energiekonzept.pdf?__blob=publicationFile&v=1. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁵⁶ Huß, Christian (2015): Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013. In: Zohlnhöfer, Reimut; Saalfeld, Thomas (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 528.
- ⁵⁷ Caspari, Lisa (2011): Die erneuerbare Kanzlerin. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-03/merkel-atom-regierungserklaerung>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁵⁸ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Atomlaufzeiten werden gestaffelt. Abzurufen unter https://www.lpb-bw.de/atom_laufzeiten.html. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁵⁹ Die Zeit Online (2011): Gabriel: AKW-Test nicht aussagekräftig. Abzurufen unter <http://www.zeit.de/news-052011/17/iptc-bdt-20110517-83-30412230xml>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁶⁰ Ebd.
- ⁶¹ Huß, Christian (2015): Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013. In: Zohlnhöfer, Reimut; Saalfeld, Thomas (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 529.
- ⁶² Ethik-Kommission (2011): Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Vorgelegt von der Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung. Berlin. Abzurufen unter https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2011/07/2011-07-28-abschlussbericht-ethikkommission.pdf;jsessionid=3DDD06875919375C013F438F729D39C8.s2t1?__blob=publicationFile&v=4. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁶³ Huß, Christian (2015): Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013. In: Zohlnhöfer, Reimut; Saalfeld, Thomas (Hg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013. Wiesbaden: Springer VS, S. 528.
- ⁶⁴ n-tv Online (2011): Ethikkommission: Große Kraftanstrengung nötig. Abzurufen unter <http://www.n-tv.de/ticker/Ethikkommission-Grosse-Kraftanstrengung-noetig-article3456176.html>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁶⁵ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Atomlaufzeiten werden gestaffelt. Abzurufen unter https://www.lpb-bw.de/atom_laufzeiten.html. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁶⁶ Ebd.
- ⁶⁷ Ebd.
- ⁶⁸ TGA Fachplaner (2011): 6 Punkte für eine beschleunigte Energiewende in Deutschland. Abzurufen unter http://www.tga-fachplaner.de/gentner.dll/6-punkte-plan_MzE0MTYx.PDF?UID=03DAE2A66C0CB91C1349740C22C81C2DA1B45561EDED797. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁶⁹ Ebd.
- ⁷⁰ Ebd.
- ⁷¹ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Atomlaufzeiten werden gestaffelt. Abzurufen unter https://www.lpb-bw.de/atom_laufzeiten.html. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷² Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2011): Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Energiewende: Übersicht und Bewertung. Abzurufen unter https://www.bdew.de/internet.nsf/id/DE_Massnahmenpaket-der-Bundesregierung-zur-Energiewende-Uebersicht-und-Bewertung. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷³ TGA Fachplaner (2011): 6 Punkte für eine beschleunigte Energiewende in Deutschland. Abzurufen unter http://www.tga-fachplaner.de/gentner.dll/6-punkte-plan_MzE0MTYx.PDF?UID=03DAE2A66C0CB91C1349740C22C81C2DA1B45561EDED797. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷⁴ n-tv Online (2011): Merkel: Garantiert keine Blackouts. Abzurufen unter <http://www.n-tv.de/politik/Merkel-Garantiert-keine-Blackouts-article3538171.html>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷⁵ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Atomlaufzeiten werden gestaffelt. Abzurufen unter https://www.lpb-bw.de/atom_laufzeiten.html. Zugegriffen: 12.03.2016.

- ⁷⁶ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2011): Eine Zielarchitektur für die Energiewende: Von politischen Zielen bis zu Einzelmaßnahmen. Abzurufen unter <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energiewende/zielarchitektur.html>. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷⁷ Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Juni 2011. Abzurufen unter http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/dt1106_bericht.pdf, S. 10. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷⁸ Infratest dimap (2011): ARD-DeutschlandTREND Juni 2011. Abzurufen unter http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/dt1106_bericht.pdf, S. 13. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁷⁹ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Atomlaufzeiten werden gestaffelt. Abzurufen unter https://www.lpb-bw.de/atom_laufzeiten.html. Zugegriffen: 12.03.2016.
- ⁸⁰ Ebd.
- ⁸¹ Jahn, Joachim (2012): Verfassungsklage gegen Atomausstieg. Kernkraftbetreiber fordern 15 Milliarden Euro vom Staat. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/energiepolitik/verfassungsklage-gegen-atomausstieg-kernkraftbetreiber-fordern-15-milliarden-euro-vom-staat-11783254.html>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁸² Jahn, Joachim (2012): Verfassungsklage gegen Atomausstieg. Kernkraftbetreiber fordern 15 Milliarden Euro vom Staat. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/energiepolitik/verfassungsklage-gegen-atomausstieg-kernkraftbetreiber-fordern-15-milliarden-euro-vom-staat-11783254.html>. Zugegriffen: 22.09.2016.
- ⁸³ Jahn, Joachim (2012): Verfassungsklage gegen Atomausstieg. Kernkraftbetreiber fordern 15 Milliarden Euro vom Staat. Abzurufen unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/energiepolitik/verfassungsklage-gegen-atomausstieg-kernkraftbetreiber-fordern-15-milliarden-euro-vom-staat-11783254.html>. Zugegriffen: 22.09.2016.